

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Energie
und Kommunikation UVEK
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Bern, 7. September 2020 / AN
VL Postfinance

Per Mail an: [sekretariat.referenten@gs-
uvek.admin.ch](mailto:sekretariat.referenten@gs-uvek.admin.ch)

Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG)

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen kann der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen. Wir sehen die Herausforderungen, vor welchen die PostFinance aufgrund des tiefen Zinsniveaus steht. An zwei anderen Argumenten, welche 2012 den Ausschlag für ein Kredit- und Hypothekarverbot gaben, hat sich aber nichts geändert: Es gibt, erstens, kein Marktversagen im Bereich des Hypothekar- oder Kreditmarktes, welches ein staatliches Handeln erfordern würde. In einem funktionierenden Markt ist es daher, zweitens, nicht angezeigt eine vollwertige, staatlich beherrschte «Postbank» in den Wettbewerb mit der Privatwirtschaft zu stellen. Die vorgeschlagene Neuregelung kommt für uns somit nur verbunden mit einer vollständigen und konsequenten Privatisierung infrage.


Momentan können Privatisierungsschritte nicht vollzogen werden, weil der optimale Zeitpunkt verpasst wurde, zu dem die PostFinance noch einen guten Preis auf dem Markt erlangt hätte. Im Hinblick auf eine zwingend festzulegende Privatisierung ist daher die Aufhebung des Kredit- und Hypothekarverbots zu ergreifen, um den Wert der PostFinance wieder attraktiv zu gestalten.

Zu den weiteren mit der Vorlage verbundenen Massnahmen im Bereich der Erfüllung der regulatorischen Kapitalanforderungen begrüssen wir, dass im begleitenden Bericht sechs Massnahmen zur Diskussion gestellt werden. Allerdings ist es höchst bedauerlich, dass der beigelegte Fragebogen in suggestiver Art nur auf eine der Varianten explizit eingeht. Dies verhindert eine offene Diskussion der Varianten. Zur Erfüllung der regulatorischen Kapitalanforderungen fordern wir prioritär die Privatisierung. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen andere im Bericht diskutierten Varianten den Vorzug vor den Kapitalisierungszusicherungen durch den Bund gegeben werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

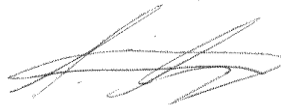
Freundliche Grüsse

FDP,Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gossi in black ink.

Petra Gossi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz

Anhang:

- Fragebogen zur Vernehmlassung

Anhang

Vernehmlassungsvorlage Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG) Fragen

Frage 1

Die Vorlage sieht die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots für PostFinance AG vor. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Nicht einverstanden

Frage 2

Die Vorlage sieht vor, dass der Bundesrat im Rahmen der strategischen Steuerung der Post (Corporate Governance) der PostFinance Vorgaben machen kann, bei der Vergabe von Krediten und Hypotheken die Klimaziele des Bundes zu berücksichtigen. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Nicht einverstanden

Bemerkungen:

Die Klimaziele des Bundes sind über das CO₂-Gesetz zu erreichen und nicht sachfremd in diese Vorlage zu integrieren.

Frage 3a

Der Bundesrat schlägt im Rahmen der Vernehmlassung weitere Massnahmen vor, welche nicht Gegenstand der Vorlage sind, aber in einem engen Zusammenhang mit dieser stehen. Eine dieser Massnahmen ist die Reduktion der Beteiligung der Schweizerischen Post AG an PostFinance AG auf die gesetzlich vorgeschriebenen 50% plus 1 Aktie (Teilprivatisierung; Art. 14 Abs. 2 POG). Der Bundesrat erachtet als Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilprivatisierung die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots (Art. 3 Abs. 3 POG). Der konkrete Zeitpunkt der Teilprivatisierung muss auf den Geschäftsgang und Marktopportunitäten abgestimmt sein und ist in enger Abstimmung zwischen dem Verwaltungsrat der Schweizerischen Post und dem Bundesrat zu bestimmen. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Bedingt einverstanden

Bemerkungen:

Die FDP fordert als Ziel die Vollprivatisierung der Postfinance. Die Privatisierungsschritte sind als zwingende Massnahme an die vorgeschlagenen Neuregelungen zu knüpfen.

Frage 3b

Für den Bundesrat steht eine mehrheitliche oder vollständige Privatisierung von PostFinance AG zur Zeit nicht im Vordergrund. Ein solcher Schritt würde die Aufhebung von Art. 14 Abs. 2 POG bedingen und wäre mit den bestehenden Regelungen der Grundversorgungsaufträge der Post bzw. PostFinance insb. im Zahlungsverkehr nicht vereinbar. Die Abgabe der Kontrollmehrheit der Post an PostFinance AG ist aus Sicht des Bundesrates aber eine längerfristige Option. Welches ist Ihre Haltung hierzu?

Bedingt einverstanden

Bemerkungen:

Die Vollprivatisierung muss angestrebt werden und mit den Neuregelungen verknüpft werden.

Frage 4a

Eine weitere, im Rahmen der Vernehmlassung vorgeschlagene Massnahme ist eine Kapitalisierungszusicherung der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Eigentümerin und Gewährleisterin der Grundversorgungsaufträge an die Schweizerische Post AG mit dem Zweck, die sich abzeichnende Lücke beim Aufbau der regulatorisch vorgeschriebenen Eigenmittel (insbesondere Notfallkapital) von PostFinance AG zu schliessen. Diese Massnahme ist subsidiär zu anderen Massnahmen, in Umfang und Zeitdauer limitiert sowie marktgerecht abzugelten. Sie erlischt, sobald die Eigenmittelanforderungen auf andere Weise erfüllt sind, spätestens im Zeitpunkt der Teilprivatisierung von PostFinance AG. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Nicht einverstanden

Bemerkungen:

Zur Erfüllung der regulatorischen Kapitalanforderungen fordern wir prioritär die Privatisierung. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die anderen im Bericht diskutierten Varianten dem Vorzug vor den Kapitalisierungszusicherungen durch den Bund gegeben werden.

Frage 4b

Falls Sie einer Kapitalisierungszusicherung zustimmen, welche Vorgehensweise bevorzugen Sie?

Bemerkungen:

Wir stimmen dieser Variante nicht zu (siehe Antwort 4a) und äussern uns daher nicht zur konkreten Vorgehensweise.

Frage 5

Trotz der verbesserten wirtschaftlichen Aussichten für PostFinance, die aus der Aufhebung von Art. 3 Abs. 3 POG folgen, ist die finanzielle Stabilität der Schweizerischen Post und die eigenwirtschaftliche Erbringung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen langfristig nicht gesichert. Um die Zukunft der Schweizerischen Post auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen, ist nach Ansicht des Bundesrates eine vertiefte Diskussion über die Weiterentwicklung der Grundversorgung vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung notwendig. Welches ist Ihre Haltung diesbezüglich?

Einverstanden